

# Prüfungskommission

## für Wirtschaftsprüfer

### Wirtschaftsprüfungsexamen gemäß §§ 5-14 a WPO

#### 2. Aufsichtsarbeit aus dem Gebiet „Wirtschaftliches Prüfungswesen, Unternehmensbewertung und Berufsrecht“

2. Halbjahr 2009

Termin: 5. August 2009

Bearbeitungszeit: 5 Stunden

Hilfsmittel:

1. Schönfelder, Deutsche Gesetze
  - Textsammlung und Ergänzungsband -
- 2.a) International Financial Reporting Standards IFRS einschließlich International Accounting Standards (IAS) und Interpretationen, Die amtlichen EU-Texte Englisch-Deutsch, 4., aktualisierte Auflage, 2008 (falls erschienen, auch: 5. aktualisierte Auflage, 2009), IDW Verlag GmbH
- 2.b) International Financial Reporting Standards (IFRS) 2009, Deutsch-Englische Textausgabe der von der EU gebilligten Standards, WILEY-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA
  - **Zugelassen ist die Benutzung nur einer dieser Textausgaben!** -
3. Wirtschaftsgesetze, 25., aktualisierte Auflage, 2009, IDW Verlag GmbH
4. Nicht programmierbarer Taschenrechner

**Aufgabe: (siehe Anlage)**

Die Aufgabenstellung umfasst einschließlich dieses Vorblattes **9 Seiten**.

**Bitte geben Sie nach Ende der Bearbeitungszeit  
auch die Aufgabenstellung ab!**

**Bearbeitungshinweise:**

Die Klausur besteht aus acht Aufgaben aus den Bereichen

		Punkte
<b>A. Rechnungslegung</b>		
Aufgabe 1:	Langfristige Fertigung	40
Aufgabe 2:	Erwerb eigener Aktien	30
Aufgabe 3:	Umsatzrealisierung	25
Aufgabe 4:	At-Equity-Bilanzierung	55
		150
<b>B. Prüfung</b>		
Aufgabe 1:	Prüfungsbericht und Bestätigungsvermerk	55
Aufgabe 2:	Ereignisse nach Erteilung des Bestätigungsvermerks	35
		90
<b>C. Berufsrecht</b>		
Aufgabe 1:	Haftung	45
Aufgabe 2:	Transparenzbericht	15
		60
		<u>Summe</u> 300

Alle Aufgaben sind zu bearbeiten, um die volle Punktzahl zu erhalten.

Gehen Sie nur auf die konkreten Fragestellungen ein und verzichten Sie auf allgemeine Darlegungen ohne Bezug zur jeweiligen Fragestellung!

Bei jeder Aufgabe sind die maximal erreichbaren Punkte angegeben. Diese Punkte sollen zugleich einen Anhaltspunkt für die jeweils erforderliche Bearbeitungszeit darstellen. Es sind maximal 300 Punkte (300 Punkte = 300 Minuten Bearbeitungszeit) zu erreichen.

**Geben Sie in Ihrer Ausarbeitung das von Ihnen verwendete IFRS-Hilfsmittel an!**

## A. Rechnungslegung

### Aufgabe 1: Langfristige Fertigung

40 P

#### Teil 1:

Skizzieren Sie zunächst kurz allgemein die Bilanzierung von langfristigen Fertigungsaufträgen nach HGB. (10 P)

#### Teil 2:

Die nach IFRS bilanzierende H-AG hat mit der K-GmbH Anfang 2006 einen Vertrag über die Herstellung einer Spezialmaschine für die K-GmbH abgeschlossen. Für die Spezialmaschine wird ein Festpreis in Höhe von EUR 4 Mio. vereinbart. Die H-AG kalkuliert für die Herstellung Gesamtkosten in Höhe von EUR 3 Mio., die sich gleichmäßig auf die drei geplanten Fertigungsperioden 2006-2008 verteilen. Anzahlungen oder Teilrechnungen werden nicht vereinbart.

Die Ertrags- und Finanzlage der K-GmbH entwickelt sich in 2007 negativ. Ende Dezember 2007 geht die H-AG daher nicht mehr von einer Realisation des Projekts aus. Die Arbeiten werden vorläufig eingestellt.

Da jedoch bereits 2/3 der Kosten angefallen sind und die Spezialmaschine nicht für andere Kunden verwendet werden kann, verhandelt die H-AG nach der Bilanzerstellung 2007 in 2008 mit der K-GmbH über die Fortsetzung der Arbeiten. Aufgrund dieser Verhandlung werden die Arbeiten fortgesetzt. Der Kaufpreis wird auf EUR 3 Mio. herabgesetzt und ist Anfang 2009 fällig. Hierfür stellt die K-GmbH eine werthaltige Bankbürgschaft.

Welche Konsequenzen ergeben sich in den Jahren 2006 bis 2008 für die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz? (25 P)

#### Teil 3:

Wie wäre der Sachverhalt in 2007 zu bilanzieren, wenn die Verhandlungen mit der K-GmbH in 2008 noch vor Bilanzaufstellung zum Erfolg geführt hätten? (5 P)

**Aufgabe 2: Erwerb eigener Aktien****30 P**

Die börsennotierte F-AG kauft im Dezember 2008 Aktien im Nennwert von EUR 10,0 Mio. (5% des Grundkapitals) zum Marktwert von EUR 25,0 Mio. zurück. Kapital- und Gewinnrücklagen sind in ausreichendem Umfang vorhanden.

**Teil 1:**

Welche bilanziellen Konsequenzen nach IFRS sind mit dem Rückkauf der eigenen Anteile verbunden, wenn die Anteile weiterveräußert werden sollen? (6 P)

**Teil 2:**

Welche bilanziellen Konsequenzen nach IFRS sind mit dem Rückkauf eigener Anteile verbunden, wenn die Anteile eingezogen werden sollen? (6 P)

**Teil 3:**

Welche bilanziellen Konsequenzen nach HGB sind mit dem Rückkauf der eigenen Anteile verbunden, wenn die Anteile weiterveräußert werden sollen? (5 P)

**Teil 4:**

Welche bilanziellen Konsequenzen nach HGB sind mit dem Rückkauf eigener Anteile verbunden, wenn die Anteile eingezogen werden sollen? (5 P)

**Teil 5:**

Zum 31. Dezember 2008 sinkt der Marktwert der Aktien auf EUR 20,0 Mio. Welche Konsequenzen ergeben sich dadurch bei den oben dargestellten Varianten? (4 P)

**Teil 6:**

Welche Rechte kann die F-AG aus den erworbenen Aktien geltend machen, welche nicht? (4 P)

**Aufgabe 3: Umsatzrealisierung****25 P**

Welche Konsequenzen nach IFRS ergeben sich bei den nachfolgenden Sachverhalten?

Auf steuerliche Auswirkungen/latente Steuern ist nicht einzugehen.

**Teil 1:**

Die C-AG betreibt einen Versandhandel mit Büchern. Die Kunden haben das Recht, innerhalb von 10 Tagen nach Zustellung der Bücher ohne Angabe von Gründen vom Kaufvertrag zurückzutreten. Am Bilanzstichtag sind 100 Kaufverträge mit einem Gesamtvolumen von EUR 10.000 in diesem Sinne schwebend. Die Rückgabequote hat in der Vergangenheit 10% betragen. (5 P)

**Teil 2:**

Die L-GmbH stellt Baumaschinen her. Zum Teil wird den Käufern das Recht eingeräumt, die Baumaschinen in den kommenden fünf Jahren zu einem festen, linear fallenden Rücknahmepreis an die L-GmbH zurückzugeben. Aufgrund der hohen Rücknahmepreise ist mit Ausübung der Optionen zu rechnen. (10 P)

**Teil 3:**

Die L-GmbH verkauft eine Gewerbeimmobilie an eine Fondsgesellschaft. Im Kaufvertrag wurde auch eine 10-jährige Mietgarantie für das gesamte, zum Teil leer stehende Gebäude vereinbart. (10 P)

**Aufgabe 4: At-Equity-Bilanzierung****55 P**

Die M-AG ist nach IFRS konzernrechnungslegungspflichtig. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Wie sind die nachfolgenden Sachverhalte nach IFRS in der Konzernbilanz der M-AG abzubilden? Welcher Equity-Ansatz (inkl. Nebenrechnungen) ergibt sich zum jeweiligen Bilanzstichtag?

Auf steuerliche Auswirkungen/latente Steuern ist nicht einzugehen.

**Teil 1: R-AG**

1. Die M-AG erwirbt am 31.12.2006 an der R-AG 40% der Anteile zu einem Preis von EUR 4,0 Mio. Das bilanzielle Eigenkapital der R-AG beträgt EUR 5,0 Mio. Stille Reserven sind in den Grundstücken in Höhe von EUR 2,0 Mio. und in den Maschinen (Nutzungsdauer 5 Jahre) in Höhe von EUR 1,0 Mio. enthalten. (5 P)

2. In 2007 wird der anteilige Bilanzgewinn 2006 der R-AG in Höhe von EUR 0,4 Mio. an die M-AG ausgeschüttet. Für das Geschäftsjahr 2007 entsteht bei der R-AG ein Jahresfehlbetrag von EUR 0,5 Mio. Eine Unternehmensbewertung zeigt, dass sowohl Nettoveräußerungspreis als auch Nutzungswert der Beteiligung noch einen Betrag in Höhe von EUR 3,0 Mio. erwarten lassen. (10 P)

**Teil 2: T-GmbH**

1. Zum 31.12.2006 erwirbt die M-AG 20% der Anteile an der T-GmbH, die als assoziiertes Unternehmen nach IFRS in den Konzernabschluss einbezogen wird. Zum Erwerbszeitpunkt war das Eigenkapital der T-GmbH durch andauernde Verluste - aufgrund bedeutender, nach IFRS nicht aktivierungsfähiger Ausgaben für Forschung und Entwicklung - vollständig aufgezehrt. Im Einzelabschluss der T-GmbH wird zum 31.12.2006 ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von EUR 10,0 Mio. ausgewiesen. Trotz fehlender stiller Reserven und Lasten bezahlt die M-AG für die 20% einen Kaufpreis von EUR 1,0 Mio., da in den nächsten Jahren Gewinne aus den Investitionen erwartet werden. (5 P)

2. In 2007 hat die T-GmbH im Einzelabschluss einen Fehlbetrag von EUR 6,0 Mio. erwirtschaftet. Hinweise für eine außerplanmäßige Abschreibung der T-GmbH bestehen nicht. (10 P)

3. Zum 31.12.2007 erwirbt die M-AG weitere 20% der Anteile an der T-GmbH für einen Kaufpreis von EUR 1,0 Mio. Das hierauf entfallende negative Eigenkapital des assoziierten Unternehmens beträgt EUR 3,2 Mio. (20 % von EUR 16,0 Mio.). (15 P)

4. In 2008 hat die T-GmbH im Einzelabschluss ein ausgeglichenes Ergebnis ermittelt. Zum 31.12.2008 erwirbt die M-AG die restlichen in Fremdbesitz befindlichen 60% der Anteile an der T-GmbH für einen Kaufpreis von EUR 3,0 Mio. Das hierauf entfallende negative Eigenkapital beträgt EUR 9,6 Mio. (60% von EUR 16,0 Mio.). Stille Reserve und Lasten sind weiterhin nicht vorhanden. (10 P)

## B. Prüfung

### Aufgabe 1: Prüfungsbericht und Bestätigungsvermerk

55 P

Die B-GmbH ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 HGB, die seit dem Geschäftsjahr 2007 prüfungspflichtig ist. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Im Rahmen der Abschlussprüfung der B-GmbH für das Geschäftsjahr 2008 werden die nachfolgend genannten Sachverhalte im Februar 2009 durch den Abschlussprüfer festgestellt.

Stellen Sie die möglichen Auswirkungen auf den Prüfungsbericht und den Bestätigungsvermerk dar. Gehen Sie dabei davon aus, dass sich bei den dargestellten Sachverhalten keine Änderungen bis zur Erteilung des Bestätigungsvermerks ergeben.

#### Teil 1:

Der geprüfte Vorjahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 wurde bisher noch nicht festgestellt. (5 P)

#### Teil 2:

Der Vorjahresabschluss 2007 wurde bisher noch nicht offen gelegt. (5 P)

#### Teil 3:

In dem von der Geschäftsführung aufgestellten Anhang 2008 sind keine Angaben über die Bezüge der Geschäftsführung enthalten. Es wird auf die Anwendung der Schutzklausel verwiesen. Die Geschäftsführung besteht aus 8 Geschäftsführern, die sehr unterschiedliche Bezüge erhalten. (5 P)

#### Teil 4:

Die Geschäftsführung weigert sich, eine Einschätzung bezüglich der Fortführung der Unternehmenstätigkeit abzugeben. (20 P)

#### Teil 5:

Es besteht eine erhebliche Unsicherheit über die Fortführung der Unternehmenstätigkeit. (15 P)

#### Teil 6:

Angenommen, es würde sich bei der zu prüfenden Gesellschaft um eine börsennotierte AG handeln. In dem Anhang wird wahrheitsgemäß über die Nichtabgabe der Entsprechenserklärung nach § 161 AktG berichtet. (5 P)

**Aufgabe 2: Ereignisse nach Erteilung des Bestätigungsvermerks****35 P**

Nach Erteilung des Bestätigungsvermerks und der Auslieferung des Prüfungsberichts am 1. März 2009 wird bekannt, dass die sonstigen Rückstellungen aufgrund eines bereits verlorenen Rechtsstreits in 2008 um EUR 1,5 Mio. zu niedrig ausgewiesen wurden. Es handelt sich hierbei um einen wesentlichen Geschäftsvorfall, der schon zum Zeitpunkt der Erteilung des Bestätigungsvermerks bestanden hat und zu einem abweichenden Prüfungsurteil geführt hätte. Der Abschlussprüfer wird von der B-GmbH umgehend im April 2009 über den Sachverhalt informiert.

**Teil 1:**

Welche Aufgaben hat der Abschlussprüfer, wenn die Geschäftsführung den Jahresabschluss umgehend ändert? (15 P)

**Teil 2:**

Welche Aufgaben hat der Abschlussprüfer, wenn die Geschäftsführung die Änderung unterlässt? (15 P)

**Teil 3:**

In welchen Fällen kann auf eine Änderung verzichtet werden? (5 P)



**C. Berufsrecht:****Aufgabe 1: Haftung****45 P**

Neben der Prüfung des Jahresabschlusses 2007 einer mittelgroßen B-GmbH ist die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Rahmen eines Dauermandats von der B-GmbH mit diversen Gutachtertätigkeiten beauftragt.

**Teil 1:**

In welchem Umfang haftet die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in diesem Zusammenhang für fahrlässig verursachte Schäden bei der gesetzlichen Abschlussprüfung 2007 sowie im Rahmen der Gutachtertätigkeit? (5 P)

**Teil 2:**

Kann die Haftung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bei der gesetzlichen Abschlussprüfung 2007 sowie im Rahmen der Gutachtertätigkeit erhöht oder begrenzt werden? Gehen Sie gegebenenfalls auf die verschiedenen Varianten ausführlich ein. (25 P)

**Teil 3:**

Beschreiben Sie die Haftungsbesonderheiten sowie mögliche Haftungsbeschränkungen bei einer Wirtschaftsprüfungs-Sozietät in der Form einer GbR. (5 P)

**Teil 4:**

Der Jahresabschluss 2007 der B-GmbH wurde mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die B-GmbH hat den Bericht über die Jahresabschlussprüfung 2007 Anfang 2008 an ihre Hausbank weitergeleitet. Nach einem gerichtlich angeordneten Gutachten eines Sachverständigen hätte der Bestätigungsvermerk für 2007 eingeschränkt werden müssen. Die Hausbank behauptet, dass das Testat die alleinige Grundlage für eine Kreditgewährung gewesen ist und verklagt den Abschlussprüfer auf Schadenersatz. Ein direkter Kontakt zwischen dem Abschlussprüfer und der Hausbank bestand nicht. Beurteilen Sie den Sachverhalt unter Haftungsgesichtspunkten. (10 P)

**Aufgabe 2: Transparenzbericht****15 P**

Gehen Sie kurz auf die Pflicht zur Veröffentlichung, die Verletzung der Veröffentlichungspflicht, Inhalt, Form und Verfahren des Transparenzberichts ein. (15 P)